Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2003)

Heft: 1: Energieforschung : Signale für den Ausstieg

Artikel: PolitikerInnen für den Atomausstieg

Autor: Umbach-Daniel, Anja

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586186

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Quer durch alle Parteien

PolitikerInnen für den Atomausstieg

Es gibt keinen Konsens mehr in der Reihe derjenigen ParlamentarierInnen, die bislang geschlossen für den Verbleib in der Atomenergie plädierten. Auch in der CVP und der FDP gibt es PolitikerInnen, die den Ausstieg aus der Atomenergie fordern. Insbesondere Frauen treten mit handfesten Argumenten für die beiden Initiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus» ein.

Von Anja Umbach-Daniel, Sozialwissenschaftlerin

Die Parolen haben sie zwar noch nicht alle herausgegeben, aber die Fronten der Parteien zu den hängigen Atominitiativen scheinen abgesteckt. Parlamentarier aller Ebenen von SPS und Grünen, die sich bereits für die Vorläuferinitiativen stark machten, stehen auf der Seite der BefürworterInnen, die übrigen von der Mitte bis zum rechten Rand des Parteienspektrums auf der Seite der InitiativengegnerInnen. Doch wenn man die Presse aufmerksam verfolgt und gezielt einzelne Abgeordnete anspricht, so stösst man auf eine Reihe von PolitikerInnen, die der strengen Parteilinie trotzen. Sie engagieren sich beispielsweise für ein Initiativkomitee in der «Strom ohne Atom»-Kampagne und halten kämpferische Reden im Parlament. Ihre Argumente für den Atomausstieg und die Annahme der Ausstiegs- und/oder der Moratoriumsinitiative gleichen denjenigen der hartgesottenen BefürworterInnen einer alternativen Energiepolitik.

Walter Decurtins: Option Atomenergie abschreiben

Als Bergbauer denke er in geschlossenen, natürlichen Kreisläufen. Deshalb lehnt Walter Decurtins, CVP-Nationalrat aus Graubünden, die Atomenergie als Option der schweizerischen Energieversorgung ab. Denn weder die Entsorgungsfrage sei geklärt, noch sei es absehbar, dass der über 100 000 Jahre strahlende Atommüll nach heutigem Ermessen sicher lagerbar sei. Seine Rede vor dem Nationalrat für die Morato-riums-Initiative hat vor allem die Kampagnen-Leiter von «Strom ohne Atom» beeindruckt. Doch Rückendeckung aus dem bürgerlichen politischen Lager gibt es auch von anderen ParlamentarierInnen.

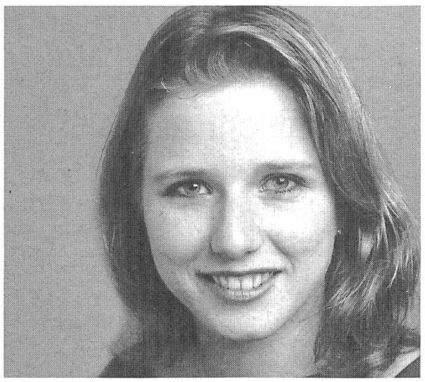
Rosmarie Dormann: AKW sind eine latente Gefahr

Rosmarie Dormann, CVP-Nationalrätin und Co-Präsidentin des deutsch-schweizerischen Komitees gegen Atomenergie, wirbt für beide Initiativen. Für sie ist die Atomkraft mit einer ständigen, latenten Gefahr für Mensch und Umwelt verbunden. Auch sei es für sie als Frau schlicht unverantwortbar, dass die Anzahl der an Leukämie erkrankten Kinder in der Nähe von Wiederaufbereitungsanlagen für abgebrannte Kernbrennstäbe wie in Sellafield extrem hoch sei. Ihr könne auch keiner weismachen, dass die Schweiz es nicht schaffen könnte, ohne die Atomenergie auszukommen, da gegenwärtig lediglich drei Prozent des weltweiten Energieverbrauchs aus der Atomkraft stammten.
In Westeuropa würden zudem nur noch vier Länder – neben der Schweiz Grossbritannien, Frankreich und Finnland – am Atomkurs festhalten. In der CVP, die unverdrossen auf den Verbleib in der Atomenergie auf Grund von deren angeblichen «CO_2-Neutralität» setzt, steht sie mit dieser Position fast allein. Sie weiss von sechs ParteikollegInnen in der Nationalrats-Fraktion, die für die Moratoriumsinitiative sind, für «Strom ohne Atom» kämpft sie allein. Gegenwind aus der eigenen Partei begegnet sie selbstbewusst, sie sei schliesslich vereidigt und handle nach bestem Wissen und Gewissen.

Christa Markwalder: Der Ausstieg kommt sowieso

Auch die FDP setzt auf den Verbleib in der Atomenergie – mit Ausnahmen. Zwar sei sie keinem Abstimmungskomitee beigetreten, aber «der Atomausstieg ist zwingend, wenn er auch in einem für die Volkswirtschaft vertretbaren Tempo erfolgen sollte», sagt Christa Markwalder, Mitglied der Jungfreisinnigen und Grossrätin im Kanton Bern. Die Alternativen zur Atomenergie sind bekannt, mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien lässt sich der Atomstrom mittelfristig ersetzen, ist sie überzeugt. «Ein hoher Ja-Stimmen-Anteil für die Strom ohne Atom-Initiative wäre mir recht, damit der Druck auf die Politik wächst, konkrete Ausstiegsszenarien zu entwickeln.»

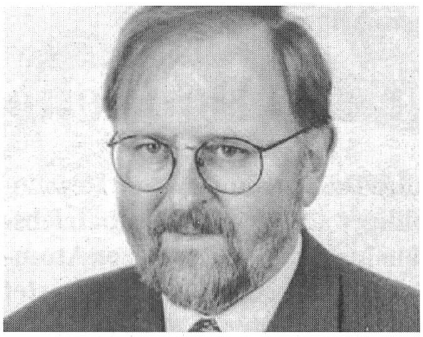
Rosmarie Dormann (CVP):
AKW sind latente Gefahr



Christa Markwalder (FDP):
Alternativen sind bekannt

Ursula Wyss (SPS):
Frauen sind für den Ausstieg

Pascale Bruderer (SPS):
Wirtschaftliche Impulse



Odilo Schmid (CSP):
Ärgerliche AKW-Subventionen

Franziska Teuscher (GPS):
Grosser Optimismus

Dabei ist der Atomausstieg für die Jungfreisinnige kein Selbstzweck. Die ungeklärte Frage der Entsorgung des Atommülls sei der wichtigste Grund, der gegen den weiteren Betrieb der Atommeiler spreche, zudem hätten AKWs keine unbeschränkte Lebensdauer, ein Neubau sei politisch nicht durchsetzbar. «Der Ausstieg kommt sowieso – er sollte einfach volkswirtschaftlich optimiert und deshalb gut vorbereitet werden», ist ihr Fazit. Ausserdem könnten durch die Förderung und den Ausbau erneuerbarer Energien neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Privat geht sie mit gutem Beispiel voran und bezieht in ihrer Heimatstadt Burgdorf nur Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Auf die Frage, warum sie eine andere Haltung gegenüber der Atomenergie habe als der Rest ihrer Partei, meint sie, dass sie wohl vor allem durch ihr Studium der Rechtswissenschaft und Ökologie für Umweltfragen mehr sensibilisiert sei.

Ursula Wyss und Pascal Bruderer: Alles spricht gegen AKWs

Auffällig ist, dass vor allem Frauen aus allen politischen Lagern die beiden Initiativen unterstützen! Ursula Wyss, SPS-Nationalrätin, wurde durch den Gau von Tschernobyl politisiert. Sie argumentiert pointiert: «Eigentlich spricht alles gegen Atomenergie – der Risikofaktor, die Gesundheitsgefährdung bei einem riesigen Unfall, aber auch im Normalbetrieb, bei Transport und Wiederaufarbeitung. Umweltaspekte – es ist absoluter Unsinn zu sagen, dass Atomenergie etwas mit Klimaschutz zu tun hätte. Und, es ist ökonomischer Unsinn, die Atomenergie ist viel zu teuer, wird in der Schweiz quersubventioniert von der Wasserkraft. Und da die Leute nicht wählen können, wo sie ihren Strom beziehen, müssen sie praktisch den teuren Atomstrom bezahlen.»

Dass besonders Frauen für den Atomausstieg votieren, ist für sie einleuchtend: Frauen sind als Konsumentinnen direkter betroffen von den Gefahren der Atomkraft. Sie entschieden letztlich auch oft über die Gesundheitsvorsorge in der Familie. Ihre Rolle als Lebenshüterinnen sensibilisiere sie für die Gefahren der Atomenergie, meint Ursula Wyss. Das Abstimmungsergebnis der Ausstiegsinitiative von 1990 gibt ihr Recht: Wäre es nach dem Willen der Schweizerinnen gegangen, dann wäre die Schweiz bereits damals aus der Atomenergie ausgestiegen (55% Ja-Stimmen). Pascale Bruderer, ebenfalls für die SPS im Nationalrat, erhofft sich vom Atomausstieg vor allem wirtschaftliche Impulse durch die dann voraussichtlich verstärkte Förderung von erneuerbaren Energien, aber auch z. B. durch die Sanierung des Altbaubestandes nach Minergiestandard.

Sergio Salvioni: Extrem teurer Atomstrom

Für Alt-Ständerat Sergio Salvioni, FDP, Tessin, ist das Kostenargument das wichtigste: Wenn man alle Kosten zusammenrechnen würde, welche die Atomenergie bei der Forschung und Entwicklung verursacht, vor allem aber bei kostendeckenden Versicherungen und Rückstellungen und bei vollständiger Kostenwahrheit verursachen würde, der Preis für eine Kilowattstunde Atomstrom würde auf 2,5 bis 3 Franken hochschnellen. Salvioni unterstützt beide Atominitiativen. «Ich habe immer versucht, mit meinem eigenen Kopf zu denken und nicht mit dem anderer.» Damit beantwortet er die Frage, wie er es mit seiner abweichenden Haltung von der Parteizentrale der FDP (aus)halte. Sergio Salvioni ist auch empört, dass das Parlament den Kantonen im neuen Kernenergiegesetz auch noch die Mitsprache bei der Errichtung von Endlagern für Atommüll entziehen will.

Odilo Schmid: Wasserkraft subventioniert Atomstrom

CSP-Nationalrat Odilo Schmid stimmt Salvioni beim Kostenargument zu. Für einen Wasserkraftkanton wie das Wallis sei insbesondere die Quersubventionierung der Atomenergie durch die Wasserkraft ärgerlich. Der Geologe hat Angst, von seiner eigenen Partei für seine Befürwortung der Initiativen angegriffen zu werden, aber er wird versuchen, seine Partei im Oberwallis auf Kurs «Zwei Mal Ja!» zu bringen. Auf seinen Kanton ist er stolz, da z. B. das Walliser Hochbauamt bereits mehrmals für seine effiziente Energienutzung ausgezeichnet wurde. Erschreckend findet er, dass die Schweizer Atomkraftwerke nicht ausreichend gegen Terrorismusangriffe geschützt seien.

Franziska Teuscher: Dieses Mal klappts

Die Alternativen zum Atomstrom sind für Odilo Schmid zuallererst die effiziente und rationelle Energienutzung und dann die verstärkte Nutzung der neuen erneuerbaren Energien wie die Geothermie, Wind, Sonnenenergie sowie der Import von Offshore-Windstrom aus Deutschland und Dänemark. Dabei sei vor allem die Forschung zu erneuerbaren Energien verstärkt zu fördern, fordert Rosmarie Dormann. Diese Vorstellungen von einer zukünftigen Energieversorgung in der Schweiz teilen alle befragten PolitikerInnen. Der Gedanke einer zukunftsweisenden, umweltverträglicheren Energieversorgung ohne Atomenergie hat also in (fast) alle politischen Lager Einzug gehalten. Es wird sich zeigen, ob sich dieses Aufbrechen der Parteigrenzen auch in die Reihen der StimmbürgerInnen fortsetzen lässt. Der Optimismus, dass das Schweizer Volk die Energiewende am 18. Mai diesen Jahres einleiten wird, ist zumindest bei der SPS und den Grünen gross. Dazu Franziska Teuscher, Nationalrätin der Grünen: «Der Ausstieg ist unser Ziel. Ich bin überzeugt, dass es diesmal klappt.» ❐